

Weiden direkt

Das etwas andere Infoblatt für Weidener Bürger

Februar 2007 | | Ausgabe Nr. 2

Fragen eines Bürgers

mit der Bitte um Antwort an die Fraktionen

Weiden. (gr) Nachfolgend 3 Fragen, die nicht nur mich, sondern viele Freunde und Bekannte interessieren; mit der Bitte um Beantwortung.

Frage Nr. 1:

Durch Berichte im Neuen Tag und persönliche Nachfragen bei der Stadt Amberg musste ich feststellen, dass die Kosten für die Stadtratsarbeit, die im Haushaltsjahr 2006 bzw. 2007 eingesetzt wurden fast doppelt so hoch sind wie die vergleichbaren Kosten für die Stadtratsarbeit in Amberg.

Es ist für mich und viele meiner Bekannten nicht nachvollziehbar, warum Weidens Stadträte, Fraktionsführer usw. wesentlich mehr bekommen als ihre Kollegen in Amberg.

Bitte teilen Sie mir mit, mit welchem moralischen Recht und vor allem auf welcher gesetzlichen Grundlage Sie der Meinung sind, dass Weidens Bürger erheblich mehr für ihren Stadtrat bezahlen müssen.

Das Geld, das wir als Bürger für den Stadtrat mehr ausgeben, fehlt im übrigen Weidener Haushalt. Es geht nicht um eine Neiddebatte, sondern um die Frage, warum sich Weidens Stadträte (und Spitzenbeamte) selbst Bezüge einräumen, die keinem Vergleich in Bayern statthalten. Es wäre fatal, wenn bei den Bürgern der Eindruck entsteht, die städtischen Gelder würden quasi als Selbstbedienungsladen für einige Privilegierte benutzt. Um diesen evtl. Vorwurf nicht aufkommen zu lassen, ist es allerdings notwendig, dass Sie Ihre Bezüge klar und deutlich, incl. aller Nebeneinkünfte, offen legen.

In anderen bayerischen Städten ist dies durchaus normal. Eine Aufstellung des Deggendorfer Stadtrats Florian Pronold lege ich bei.

Frage: Sind Sie bereit, sofort die Bezüge und Ausgaben für den Weidener Stadtrat den Amberger Verhältnissen anzupassen? Falls nicht, wäre ich Ihnen für eine Begründung dankbar.

Frage Nr. 2:

Durch Beschluss des Stadtrats mit Stimmen der CSU und gegen die Stimmen der SPD wurden einige leitende Beamte der Stadtverwaltung von der üblichen Abgabepflicht befreit.

Es ist für mich nicht einsehbar, warum gegen die übliche Praxis in Bayern in Weiden einige Spitzenbeamte von der Abgabepflicht (zu Lasten der Bürger) befreit wurden. Es gibt dafür keinen logischen Grund, es sei denn, man wollte von Seiten des Stadtrates diesen Spitzenbeamten einen besonderen Gefallen tun. Ich bitte um Mitteilung, ob Sie bereit sind, diesen Sonderpassus sofort aufzuheben.

Frage Nr. 3:

Nachdem sich der Weidener Stadtrat über ein Jahr lang mit der Einführung einer neuen Müllordnung beschäftigt hat und dann auf Wunsch der CSU-Mehrheit ein Müllkonzept (gegen die Stimmen der SPD und gegen den Willen der Bürger) verwirklicht wurde, stehen wir vor folgender Situation:

Die CSU wünscht eine Bürgerbefragung (dies hätte die CSU vor Einführung des neuen Müllkonzeptes schon machen können) und verschiebt da-



Quelle: „Klarheit“ - photocase/marella

durch die Einführung eines neuen, bürgergerechten und günstigen Müllsystems um weitere Monate.

Ein von der SPD geplantes Bürgerbegehren (anstatt einer Unterschriftenaktion gegen das neue Müllkonzept gleich bei der Einführung) verzögert die Lösung des Problems ebenfalls um Monate.

Der Auftrag an die Verwaltung, das neue, gescheiterte Müllkonzept mit anderen Städten zu vergleichen, ist absolut sinnlos. Zum Einen würde es Monate dauern, bis die Stadtverwaltung eine entsprechende Erklärung abgibt, und zum Anderen kann man wohl von

der Verwaltung kaum verlangen, dass sie sich ernsthaft bemüht, im Vergleich mit anderen Städten nachzuweisen, dass ihr eigenes Müllkonzept falsch, schlecht organisiert und absolut über- teuert ist.

Meine Frage an Sie:

Sind sie bereit, sofort eine neutrale Stelle (z.B. die FH) zu beauftragen, die Müllkonzepte der Oberpfälzer Landkreise und Städte mit dem Weidener System zu vergleichen?

Sind Sie bereit, sofort die Müll-Experten der Stadt Amberg, der Landkreise Tirschenreuth, Neustadt und Amberg-

Sulzbach bzw. Schwandorf nach Weiden zu holen, damit diese das Weidener Konzept überprüfen und ihre Stellungnahme dazu abgeben?

Dieses Schreiben an Sie werde ich in der Ausgabe „Weiden direkt II“, natürlich zusammen mit Ihren Antworten, veröffentlichen. Ich bitte Sie deshalb, Mittwoch, den 24. Januar 2007 (Posteingang bei mir), als Redaktionsschluss für Ihre Antworten zu berücksichtigen.

Mit freundlichen Grüßen

Gert Rippl

Antworten der im Stadtrat vertretenen Parteien

Zusammenfassung - Originale können unter www.weiden-zuhause.de eingesehen werden

CSU

zu Frage Nr. 1

Eine klare Aussage von Walter Leopold: während dieser Legislaturperiode wird keine Reduzierung der Gesamtausgaben für den Stadtrat vorgenommen; ob nach der Kommunalwahl die CSU dies anders sieht, will man dann erst beschließen.

zu Frage Nr. 2

Die Befreiung von der Abgabepflicht für Spitzenbeamte der Verwaltung ist nach Meinung von Walter Leopold richtig und wird auch nicht geändert.

zu Frage Nr. 3

Die CSU will nun den Rippl/SPD Vorschlag folgen und die FH für eine Untersuchung beauftragen. Bei der letzten Stadtratsitzung wurde dieser SPD-Antrag von der CSU Mehrheit noch abgelehnt. Die CSU setzte damals auf einen Preisvergleich den die Verwaltung erstellen sollte. Diese Angaben erfolgten von der CSU nicht schriftlich, sondern anlässlich einer Fraktionssitzung zu der Gert Rippl eingeladen war.

SPD

zu Frage Nr. 1

Eine Anpassung der Weidner Stadtratsbezüge (der Weidner SPD-Stadtratsfraktionsvorsitzende bekommt doppelt soviel wie sein Kollege in Amberg) wird abgelehnt.

zu Frage Nr. 2

Eine klare Position der SPD. Sie hat damals schon die Befreiung der Weidner Spitzenbeamten von der Abgabepflicht abgelehnt.

zu Frage Nr. 3

Hier ist die SPD aktiv geworden, sie hat auch bei den entscheidenden Sitzungen im Sommer letzten Jahres das gesamte Leopold/Müllkonzept in der Stadtratsitzung abgelehnt.

In der Zwischenzeit hat Gert Rippl mit Jens Meyer ein gemeinsames Gespräch vereinbart.

Bündnis 90/Die Grünen

zu Frage Nr. 1

Stadträtin Helgath lehnt eine Reduzie-

rung und Anpassung an die Amberger Verhältnisse ab, dabei vergleicht sie ihre Sitzungstätigkeit im Stadtrat mit den Preisen von Handwerken und freiberuflich Tätigen.

zu Frage Nr. 2

Auch hier hat die Fraktionsgemeinschaft die Grünen/die Freien die Befreiung der Abgabepflicht wie sie von der CSU gefordert und durchgesetzt wurde, abgelehnt.

zu Frage Nr. 3

Bei der nächsten Stadtratsitzung wollen die Grünen/Freien einen eigenen Antrag einbringen, der die zusätzliche Aufstellung einer grünen Wertstofftonne fordert.

Freie Wähler

zu Frage 1

Keine Anpassung bzw. Reduzierung auf Amberger Verhältnisse.

zu Frage 2

Die Freien Wähler stimmen zu, die Abgabebefreiung für leitende Beamte der Stadt Weiden wieder aufzuheben.

zu Frage 3

Die Freien Wähler sind der Meinung, dass das Konzept überverteuert ist und eine neutrale Stelle beauftragt werden muss, die verschiedenen Konzepte zu vergleichen.

FDP

Derzeit nicht im Stadtrat vertreten, aber mit der Absicht bei der Kommunalwahl anzutreten

zu Frage Nr. 1

Die Gesamtkosten für die Stadtratsarbeit in Weiden sind den vergleichbaren Ausgaben in Amberg anzupassen.

zu Frage Nr. 2

Die Befreiung von der Abgabepflicht für leitende Beamte ist nach Meinung der FDP nicht vertretbar.

zu Frage Nr. 3

Die FDP hat als einzige Partei eine Analyse bzw. Preisvergleich der Müllgebühren in den Oberpfälzer Städten und Landkreisen durchgeführt und entsprechende Lösungsvorschläge unterbreitet.



Quelle: „Schöne Eurowelt“ - photocase/C-PROMO

Eine faire Chance für einen Neuanfang

von Gert Rippl

Unbestritten ist, dass durch Fehler der Verwaltung der Stadt und damit den Bürgern in den letzten Jahren Millioenschäden entstanden sind; die genaue Höhe ist nicht bekannt. Sie wird von der Verwaltung und zum Teil vom Stadtrat (sofern der diese Summe kennt) unter der Decke gehalten.

Die Verwaltung war z.B. zum Thema Müll nicht in der Lage, innerhalb weniger Tage einen Preisvergleich herzustellen, bzw., falls sie dies gemacht hat, zu veröffentlichen.

Es ist keinem Oberbürgermeisterkandidaten und keinem Stadtratskandidaten zuzumuten, die Verantwortung für eine städtische Verwaltung zu übernehmen, deren Schwachstellen offensichtlich bis dato unbekannt sind.

Ich bin daher bereit, auf meine Kosten eine renommierte Unternehmensberatung (die nicht aus Bayern kommt) zu

beauftragen, damit für die Gesamtorganisation der städtischen Verwaltung eine professionelle Schwachstellenanalyse gemacht wird. Ich selbst werde mich an dieser Untersuchung nicht beteiligen. Diese Untersuchung ist teuer und zeitaufwändig; das Ergebnis wird jedoch rechtzeitig vor den Kommunalwahlen bekannt gemacht. Ich mache dies, weil ich es persönlich satt habe, mit einer Verwaltung leben zu müssen, die alles andere als bürgerfreundlich ist.

Nach meiner persönlichen Meinung ist dies nicht die Schuld der normalen Mitarbeiter der Verwaltung, sondern der Mangel an Koordination zwischen den einzelnen Abteilungen und der teilweisen Unfähigkeit einiger Spitzenleute.

Einzige Bedingung, die ich stelle: die Ergebnisse dieser Schwachstellenanalyse werden von der beauftragten

Firma im Rahmen einer Bürgerversammlung den Bürgern direkt vorgestellt.

Eine vorherige Information an den amtierenden Oberbürgermeister oder die Stadträte erfolgt nicht. Damit ist auch sichergestellt, dass das Ergebnis neutral und unzensiert (natürlich mit den entsprechenden Erläuterungen) von den Fachleuten direkt den Bürgern und Wahlberechtigten zugänglich gemacht wird.

Angesichts der verheerenden Zustände ist es die einzige Chance, auch in Weiden wieder normale Zustände herzustellen.

Jetzt liegt es an den Stadträten; diese brauchen nur „Ja“ zu sagen (wenn sie wirklich an der Aufdeckung der Schwachstellen interessiert sind und nichts verbergen wollen), und die Arbeit kann beginnen.

folgende Beiträge (gekürzte Fassungen) aus dem Forum unter www.weiden-zuhause.de 27.12.2006 - Verfasser „Stromberg“



Weidens politische Zukunft

(stromberg)In Weiden wurden für die Bezahlung der Stadträte inklusive Bürokosten und Personal im Haushalt 2006 insgesamt über 280 000.- Euro eingesetzt. Für 2007 wurde der Betrag erhöht (einstimmig).

In Amberg beträgt die Summe für die gleichen Ausgaben für 2007 !!!! 173 000.- Euro. In dieser Summe sind 22 500.- Euro Zuschuß für ALLE Parteien enthalten. In Weiden bekam alleine die CSU 16 700.- Euro und die SPD 12 000.- Euro, dazu noch die Kosten für Grüne und Freie.

In Amberg teilt sich die CSU Fraktion und der Kreisverband eine Aushilfs-

kraft. Der Fraktionsvorsitzende der CSU hat kein eigenes Büro, der erledigt seine Aufgabe von zu Hause (ist ja ein Ehrenamt).

In Weiden hat die CSU Fraktion in der Braunmühlstr. teure Büros und zwei Halbtagskräfte. Die CSU Geschäftsstelle hat eigene Büros im Industriegebiet Stadtmitte. Natürlich auch mit Mitarbeiterinnen.

So, Herr Leupold und Herr Meyer, erklären Sie mal bitte den Weidenern, warum Sie doppelt soviel Geld uns Bürgern abnehmen wie Ihre Kollegen in Amberg.

folgende Beiträge (gekürzte Fassungen) aus dem Forum unter www.weiden-zuhause.de 13.01.2007 - Verfasser „Eddison“



Weidens politische Zukunft

(eddisson)Unfähigkeit und Ignoranz gegenüber den Bürgern und den Gesetzen sind das Wahrzeichen für unsere Weidener Stadträte.

Die seit 1999 fehlende Bürgerversammlung haben sie vergessen, die Erhöhung ihrer Bezüge und Sonderrechte für Dezerenten nicht.

*Es sei einfach keine Zeit gewesen, sagt Jens Meyer

*Die Aktion gegen Genmais (der gar nicht geplant war) sei ein Ersatz gewesen, sagen die Grünen.

*Er habe nicht daran gedacht, sagt Schell von den Freien.

*Volljurist Leupold hält sich für subjektiv unschuldig und von dieser vom GESETZ vorgeschriebenen Bürgerversammlung sowieso nicht viel. Klar, Herr Leupold, welches Gesetz in Weiden gültig ist, bestimmen ja Sie und Ihre Fraktion.

*Lothar Höher hat das natürlich sechs Jahre lang auch verschlafen, will aber eine Bürgerversammlung "ins Gespräch bringen" ...

Anmerkung der Redaktion

zur Veröffentlichung von Leserbriefen und Beiträgen aus dem Forum:

Die Redaktion übernimmt keine Verantwortung für den Inhalt und die Richtigkeit der Behauptungen. Jede Verfasserin und jeder Verfasser ist persönlich verantwortlich für ihre/seine Aussagen. Die Redaktion behält sich bei Abdruck Kürzungen vor.

Zu dumm, zu stolz oder beides?

Der Rippl-Vorschlag die Müllexperten der Landkreise NEW, TIR, SAD, AS und der kreisfreien Stadt Amberg zu bitten das Weidener „Müllkonzept“ vor Ort zu überprüfen und die gesamte „Müllverwaltung“ von Weiden anschließend bewerten zu lassen, wurde von keiner Partei beantwortet.

Wenn es um die Verteilung der Aufsichtsratsposten für die Stadträte geht, z.B. beim Klinikum oder den Vereinigten Sparkassen reden die Weidener Freizeitpolitiker monatlang mit ihren wesentlich schlechter bezahlten Kollegen aus den Landkreisen. Wenn es um die Interessen der Bürger geht ist man als Weidener Stadtrat viel zu stolz dazu; den Stadträten bringt es halt nichts.

Das Fachwissen der erfolgreicherer Müllprofis aus der Umgebung für wenig Geld zu erfahren ist also nicht erwünscht.

Angenommen, es würde einen Müllverbund mit neuen, gut bezahlten Pöstchen geben, würden sie schon aktiv werden, die Weidener Stadträte.

Meine Großmutter sagte schon immer: ...“ Dummheit und Stolz wachsen auf dem gleichen Holz“. Lieber reden die Stadtrats-Laien (in der Zwischenzeit über ein Jahr) auf von uns Bürgern bezahlten Sitzungen über ein Problem, von dem sie keine Ahnung haben, weil es nicht schmerzt und für die vielen Sitzungen gibt es halt Sitzungsgeld. (gr)



Quelle: „Wat los?“ - photocase|Dommy

Schmutz, Schund, Dreck...

...Gemeinheiten, Unverschämtheiten, Lügen ...sagt Walter Leupold.

In einer beispiellosen Schmutzkampagne versuchte der Vorsitzende der CSU-Mehrheitsfraktion, Walter Leupold, Sympathien bei den Weidener Bürgern gegen die erste Ausgabe von **Weiden direkt** und das Internetforum zu erreichen.

Einen eigenen Rechtsanwalt hat der Volljurist Leupold dafür zur Pressekonferenz mitgebracht. Die vielen Weidener Bürger, die keinen Internetanschluss haben und deshalb das Forum nicht kennen, waren sichtlich erstaunt. Im Forum gab es folgenden Vorschlag eines Teilnehmers:

... ich habe am Wochenende die Erfahrung gemacht, dass viele dieses Forum als negativ und schlimm empfinden, ohne es zu kennen.

Viele, vor allem ältere Mitbürger, haben kein Internet und so nicht die Möglichkeit, sich von diesem Forum selbst einen Eindruck zu verschaffen. Aufgrund der anwaltschaftlichen Maßnahmen von Herrn Leupold gehen viele davon aus, dass hier wüste Beschimpfungen und Demütigungen aufgeführt werden.

Dies ist meiner Meinung nach nicht der Fall, im Gegenteil, die große Anzahl der Beiträge ist richtig gut und beileibe nicht ehrverletzend.

Wäre dem so, müsste jeder Starkbieranstich und Aschermittwoch abgeschafft werden.

Mein Vorschlag: bringen Sie doch mal ein Extrablatt „Weiden-direkt“ nur mit einigen Beiträgen aus dem Forum.

So erhalten viele, vor allem die Mitbürger, die über kein Internet verfügen, die Möglichkeit, sich ein eigenes Bild von diesem Forum zu machen.

Verteilen Sie diese Extra-Ausgabe doch einmal an einem Samstag in der Stadt. Ich bin mir sicher, Sie erhalten für die Mehrkosten die eine oder andere Spende, oder verlangen Sie für ein Exemplar ruhig etwas Geld.

Vor allem bei den älteren Mitbürgern gilt die Obrigkeit noch sehr viel und ist zum Teil unantastbar, und wenn ein Herr Leupold so über ein Forum im Fernsehen schimpft, dann wird er schon Recht haben.

In diesem Sinne: Alle Macht dem Volk!

Die Originalbriefe des Leupold-Anwalts und des Anwalts von Gert Rippl finden Sie ebenfalls auf www.weiden-zuhause.de.

FAKT ist, es gab bisher keine Anzeige und keinen Antrag auf Löschung der Beiträge. Leupolds Attacke war der vergebliche Versuch, einen Bürger einzuschüchtern und Tausenden von Bürgern die Möglichkeit zu nehmen, sich im Internet ihre eigene Meinung zu bilden, sich zu artikulieren und an der Diskussion teilzunehmen.

Wenn Sie über Hintergründe, die ansonsten nicht bekannt sind, informiert

werden wollen, um sich Ihre eigene Meinung über Weidens Kommunalpolitik zu bilden (parteilos absolut neutral), sprechen Sie mit Bekannten, Freunden, evtl. Kindern oder Enkeln, die einen Internetanschluss haben, und gehen Sie unter www.oberpfalz-zuhause.de auf die Seite des Forums. Sie werden erstaunt sein. Sie finden darin in über 2000 Beiträgen von Bürgern Informationen und Meinungen von Menschen, denen es nur um Eines geht:

Die lt. ehemaligen Staatsanwalt Höbold „mafiosen Strukturen“ offen zu legen und zu diskutieren. Dass Herr Leupold und seine Mehrheitsfraktion (zum überwiegenden Teil) davon anscheinend nicht begeistert ist, dafür haben wir Verständnis.

In diesem Zusammenhang ein Dankeschön an die Weidener SPD-Fraktion, die den Wunsch von Herrn Leupold nach einer gemeinsamen Aktion gegen das Forum abgelehnt hat .

Das Forum gibt es seit 10.11.2006, und bisher haben in den wenigen Wochen Tausende von Bürgern dieses Forum besucht und zum Teil selbst Beiträge geschrieben.

Übrigens: Ausdrücke, wie sie Herr Leupold bei der Pressekonferenz gebraucht hat, hätten keine Chance, im Forum veröffentlicht zu werden. Sie würden sofort gelöscht. Dies nur zum Thema Demokratieverständnis.

...Für dieses nebenamtliche Engagement habe ich im Jahr 2005 insgesamt 16.788,83 Euro erhalten. Davon habe ich aufgrund gesetzlicher Regelungen 903,93 Euro an den Kreis Unna abgeführt. Die verbleibenden Nebeneinkünfte in Höhe von 15.884,90 Euro habe ich versteuert. Den aktuellen Steuerbescheid des Finanzamtes Dortmund-Unna vom 16.06.2006 können Sie hier einsehen: [PDF-Download (3,28 MB)]

Warum meiden dies die Stadträte aller Parteien in Weiden?

Wenn wir als Bürger sehen könnten, welcher einzelne Stadtrat wieviel in den letzten 5 Jahren dieser Legislaturperiode „ehrenamtlich“ mit allen Nebeneinkünften verdient hat, so würde

Fairness in anderen Städten

Wie Kommunalpolitiker ihre Einkünfte offenlegen

In vielen Städten in Deutschland ist es selbstverständlich, dass man offen, ehrlich und klar als Kommunalpolitiker seine Nebeneinkünfte offen legt. Die Stadt Bottrop, NRW, hat 119.000 Einwohner, ist eine kreisfreie Stadt und zeigt z.B. genau die Transparenz, Offenheit und Fairness gegenüber ihren Bürgern, die wir in Weiden vermissen.

Auszug aus <http://www.bottrop.de>:

Nebentätigkeiten
Oberbürgermeister Peter Noetzel

Das Korruptionsbekämpfungsgesetz NRW verpflichtet den Oberbürgermeister dazu, dem Rat der Stadt eine Aufstellung seiner Nebentätigkeiten vorzulegen. Über

das Gesetz hinaus veröffentlichen sowohl Oberbürgermeister Peter Noetzel als auch die Beigeordneten freiwillig die von ihnen im Jahr 2005 wahrgenommenen Nebentätigkeiten sowie die hierfür erhaltenen Entschädigungen. Damit soll Transparenz über die Art der Nebentätigkeiten und die damit verbundenen Einkünfte für alle hergestellt werden.

Einkünfte aus Nebentätigkeiten, die zusammengerechnet 6000 € im Jahr überschreiten, werden konsequent an die Stadtkasse abgeführt.

Der Landrat des Kreises Unna (NRW), Michael Makiolla, geht sogar noch weiter und stellt seinen Steuerbescheid für alle zugänglich ins Internet. Wie kann er nur? Hat der nichts zu verbergen?

Auszug aus <http://www.makiolla.de>:

Der Monopolist Stadtwerke

hat eine Marketing-Chefin

Wir Bürger sind ja nun gezwungen das Wasser von den Stadtwerken als Monopolunternehmen zu kaufen, das Abwasser bei dem Monopolunternehmen Stadtwerke einzuleiten und für den Bezug von Erdgas gibt es keine Alternative. Das heißt, egal ob wir dies wollen oder nicht, die Stadtwerke haben in diesem Bereich keinen Mitbewerber. Jeglicher Vergleich mit anderen Unternehmen aus der freien Wirtschaft ist ausgeschlossen. Jeder Weidener Bürger ist „Zwangsverpflichteter“ der Stadtwerke. Da wo es keinen Wettbewerb gibt können die Preise natürlich problemlos nach oben geschraubt werden, egal ob der Bürger tobt, er hat keine Alternative. Die Gebühren, die wir den Stadtwerken als „Zwangsverpflichteter“ bezahlen, enthalten eine Fülle von Querfinanzierungen mit der Stadt Weiden, der Saunen- und Thermenwelt, oder dem Eisstadion.

Konkretes Beispiel: Eine Rentnerin, die weder Schlittschuh fährt, noch in die Saunen- und Thermenwelt geht, bezahlt mit ihrem Wasser, dem Abwasser und der Gasheizung dieses städtische Unternehmen und sie ist also, obwohl sie die Einrichtung nicht nutzt, eine der Hauptfinanziers.

Aber damit nicht genug: Die Stadtwerke, die gar keine Werbung brauchen (weil es keine Alternativen gibt), leistet sich seit Neuestem eine Marketing-Chefin und die schaltet für gigantische Summen Werbung. Dies bringt den Bürgern natürlich gar nichts. Es dient lediglich zur Selbstbeweihräucherung der „eigenen Leistung“. Dies bezahlt durch Gebühren der Bürger und ist schlichtweg ein Krampf. Werbung und Marketing ist nur dann sinnvoll, wenn es Mitbewerber gibt und man den Kunden von der Leistungsfähigkeit seines Unternehmens überzeugen muss. Ansonsten ist es pure Geldverschwendung zu Lasten der „zwangsverpflichteten Bürger“.

Im Übrigen könnte man mit dem gleichen Recht einen Marketingmanager für die Müllentsorgung, oder z.B. für den Waldfriedhof einstellen und auf Kosten der Bürger bezahlen. Haben Sie schon einmal eine Preismitteilung der Stadtwerke bekommen? Sie werden dann, wie 99,9% der anderen Bürger, verständnislos dies lesen, weil es in einem Stil abgefasst ist, der Ihnen nicht den Hauch einer Chance gibt, festzustellen, um wie viel Prozent die Gebühren gestiegen sind und warum. Also nicht mal die eigene Kundenbetreuung und Aufklärung durch die Stadtwerke funktioniert. Der Schreibstil dieser Information erinnert an die Zeit vor dem Zweiten Weltkrieg. Aber vielleicht braucht man gerade deshalb, um solche Mitteilungen abzufassen, eine Marketing-Beraterin.

Der zweite Artikel knapp zwei Monate später – am 22.06.2006 – hat einen etwas anderen Inhalt: Diesmal erscheint das Bild der fleißigen Mitarbeiter, die den Müll einsammeln, in negativem Licht. Im Artikel malt Weidens Bürgermeister Lothar Höher ein düsteres Bild der Zukunft: Sollten die Bürger nicht endlich Disziplin zeigen und Fehlwürfe und Verschmutzungen unterlassen, bliebe der Stadt Weiden nur der Umstieg vom bisherigen Bring- zum Hol-System. Nun freut sich der Neue Tag auch nicht mehr, wie vor zwei Monaten noch, über den Service. Jetzt heißt es unter dem gleichen Bild: „Berge von gelben Säcken vor den Grundstücken in Amberg. Der Stadt Weiden droht der Wechsel zu diesem Holsystem“.

Bildunterschrift u.a.: „Dieser Müll wird abgeholt“

Der zweite Artikel knapp zwei Monate später – am 22.06.2006 – hat einen etwas anderen Inhalt: Diesmal erscheint das Bild der fleißigen Mitarbeiter, die den Müll einsammeln, in negativem Licht. Im Artikel malt Weidens Bürgermeister Lothar Höher ein düsteres Bild der Zukunft: Sollten die Bürger nicht endlich Disziplin zeigen und Fehlwürfe und Verschmutzungen unterlassen, bliebe der Stadt Weiden nur der Umstieg vom bisherigen Bring- zum Hol-System. Nun freut sich der Neue Tag auch nicht mehr, wie vor zwei Monaten noch, über den Service. Jetzt heißt es unter dem gleichen Bild: „Berge von gelben Säcken vor den Grundstücken in Amberg. Der Stadt Weiden droht der Wechsel zu diesem Holsystem“.

Hier noch ein paar weitere Verwendungsmöglichkeiten für das Bild: Weidenale 07 hat begonnen. Startfilm: Indiana Jones IV: Auf der Suche nach dem Goldenen Müllkonzept (Szenenfoto) Wetter im Februar: Sonnig. Amberg fast pleite: Kein Geld mehr übrig für einheitliche Uniformen bei den Müllarbeitern.

Hier noch ein paar weitere Verwendungsmöglichkeiten für das Bild: Weidenale 07 hat begonnen. Startfilm: Indiana Jones IV: Auf der Suche nach dem Goldenen Müllkonzept (Szenenfoto) Wetter im Februar: Sonnig. Amberg fast pleite: Kein Geld mehr übrig für einheitliche Uniformen bei den Müllarbeitern.

Bild-Methoden?

Der „Neue Tag“ – ein Vorbild der objektiven Berichterstattung?

Mit ein und demselben Bild wurden binnen 2 Monaten in Zeitungen dieses Verlags zwei im Inhalt konträre Artikel veröffentlicht.



Quelle: Bild - Unger, Archivbild - Hartl

Der erste Artikel (Amberger Zeitung, 19.4.2006) beschreibt, wie stolz der Amberger Umweltausschuss mit seinem Müllkonzept sei. Beim Thema „Müll sammeln und trennen“ mache den Ambergern so schnell keiner was vor. An der Vils brauche man keine Zäune und Müllsheriffs. Die Bürger stellten ihr Altpapier und die gelben Säcke vor die Haustüre. Einmal im Monat komme dann der Abhol-Service und alles sei gut.

Eine persönliche Anmerkung

Zu den Angaben der Stadtratsfraktionen

Wenn es um das eigene Geld geht, denken die Stadträte nicht daran, die Gesamtkosten um ca. 45 % zu reduzieren. Diese Kosten wären dann auf der gleichen Höhe wie in Amberg. Warum die Weidener doppelt so hohe Ausgaben für ihren Stadtrat einplanen und auch ausgeben, verstehe

ich nicht. Es ist ja nicht das Geld der Stadträte, sondern das Geld der Bürger. Dies wäre meiner Meinung nach bei wichtigen Ausgaben (z.B. Kindergärten und Schulen) wesentlich besser aufgehoben als in den Geldbörsen der Stadträte.(gr)

Das Problem

mit dem Finanzamt

Bei der Ermittlung der steuerpflichtigen Einkünfte nach § 18 Abs. 3, Nr. 1, des Einkommensteuergesetzes, sind Sachleistungen (Geldwertvorteil) bereits bei einer Höhe von 30,00 € einzubeziehen.

Dies gilt natürlich z.B. auch für Geschenke, Biermarken, entgeltliches Abendessen nach Stadtratssitzungen usw. Wir können nur hoffen, dass un-

sere Stadträte und Dezernenten diese steuerpflichtigen Einkünfte auch jeweils angegeben und gemeldet haben. Genau werden wir dies im Hinblick auf das Steuergeheimnis nach § 30, Abs. 1 und 2 der Abgabenordnung nie erfahren. Es kann also durchaus sein, dass die Mitarbeiter am „Schlörplatz“ bei der Einkommensteuererklärung für die Jahre 2004/2005 und 2006 bei den betroffenen Personen etwas genauer hinsehen. Ich bin überzeugt, Weidens Dezernenten und Stadträte waren bei der Abgabe ihrer Steuererklärung immer ehrlich. Falls nicht, das kann verdammt teuer werden!

Bürgermeister Lothar Höher

und welche Probleme er mit seiner Verwaltung hat



Quelle: ...auf dem Weg... - photobase/Pippotta

Ein Beispiel:

Ein Weidener Bürger hat in mehreren Schreiben (insgesamt 12 Stück) in sehr direkter Form, sich wegen des Müllkonzepts an die Stadt Weiden gewandt. Er hatte in seinem Schreiben Feststellungen getroffen und Tatsachen festgestellt, die der Wahrheit entsprechen. Die Betroffenen der Stadt Weiden haben darauf sauer reagiert und verwiesen auf ihre Müllhauswurfsendung.

Daraufhin hat sich der Bürger, persönlich an Lothar Höher gewandt, sich darüber beschwert und bei der Zahlung der Müllgebühren einen entsprechenden Abzug in Ansatz gebracht. Das Schreiben an Lothar Höher führte dazu, dass die Stadt Weiden am 11.09.2006 eine Strafanzeige gegen den Bürger gestellt hat, weil er in dem persönlichen Schreiben an Lothar Höher angedroht hatte, dass er aufgrund der fehlenden Wertstoffcontainer seinen Wertstoff über die Restmülltonne entsorgen werde. Er wurde diesbezüglich

bei der Polizei vorgeladen, hatte eine Fülle von Problemen.

Der Vollstreckungsbeamte der Stadt Weiden erschien bei ihm und wollte den ausstehenden Betrag von 28,00 € eintreiben. Der Bürger hat dem Vollstreckungsbeamten den Umfang seines Schriftverkehrs vorgelegt und der Beamte ist unverrichteter Dinge abgezogen.

Soviel zum Vorgang.

Und nun zum Hintergrund:

Lothar Höher hat Gert Rippl in einem Gespräch den gleichen Vorgang geschildert und ihm mitgeteilt, dass er darüber entsetzt sei, dass ein an ihn persönlich gerichtetes Schreiben dazu führt, dass die Stadt Weiden die Polizei und ihren Vollstreckungsbeamten einschaltet, nur weil der Bürger verärgert sei. Laut Lothar Höher gegenüber Gert Rippl brauchte er fast 14 Tage Zeit, um seine eigene Verwaltung zu überzeugen,

diese Anzeige zurück zu ziehen und den Vollstreckungsbeamten nicht mehr zu diesem Bürger zu schicken.

Diese Angaben von Lothar Höher beweisen, dass sich Weidens Verwaltung schon längst verselbständigt hat und teilweise jedes Maß und Ziel gegenüber den normalen Bürgern anscheinend verloren hat. Es bleibt nur zu hoffen, dass es Lothar Höher gelingt innerhalb kurzer Zeit die Verwaltung in den Griff zu bekommen, ansonsten wird der Terror gegen verärgerte Weidener Bürger durch Teile der Verwaltung in gleicher oder verschärfter Form fortgeführt werden.

Falls es Lothar Höher nicht gelingt, seine Abteilungen zu einem bürgernahen Denken zu veranlassen, wird Weiden direkt wohl die erste Publikation sein, die Lothar Höher bittet auf eine Kandidatur als OB zu verzichten, weil wir von einer bürgerfreundlichen Verwaltung die Nase voll haben.

Ein Krimi könnte nicht spannender sein

In der Sitzung Nr. 43 vom 13.06.2005 hat der Stadtrat beschlossen, den LRD Hubmann als Geschäftsführer des ZRF Weiden, als Aufsichtsratsmitglied der Stadtbau GmbH von der Ablieferungspflicht freizustellen.

Als Geschäftsführer des ZRF Weiden bis zu einem Gesamtbetrag von 5.050,00 €. Als Aufsichtsratsmitglied der Stadtbau Weiden bis zu einem Gesamtbetrag von 2.250,00 €. Dies war nur der Anfang: Mit Schreiben vom 26.10.2005 stellt Herr Hubmann folgenden Antrag: Die Freistellung für die in der Zwischenzeit Vereinigte Sparkasse auf jährlich 10.200,00 € festzusetzen. Herr Hubmann erklärt dies juristisch sehr kompliziert und dieser Antrag wird natürlich von der Stadt (wahrscheinlich von der gleichen juristischen Abteilung) überprüft. Die juristische Begründung des Herrn Hubmann umfasst insgesamt 7 Seiten. Dabei wird festgehalten, dass Herr Hubmann bereit ist, diese Nebentätigkeit weiter auszuüben, wenn er keinerlei Ablieferungspflicht hinsichtlich der

diesbezüglich bezahlten Vergütung unterliegt.

Hunderte von Menschen in Weiden üben Ehrenämter ohne Bezahlung aus. Weidens leitender Rechtsdirektor weist darauf hin, dass er dies nur dann tut, wenn für ihn ein Sonderrecht geschaffen wird.

Kein Volljurist wäre in der Lage gewesen die komplizierte Darstellung, die sehr geschickt verfasst ist, und deren Ergebnis zu bewerten. In diesem Zusammenhang muss man ausdrücklich die 3 im Personalausschuss anwesenden SPD Stadträte hervorheben, die sofort die Problematik erkannten und gegen diesen Hubmann-Wunsch gestimmt haben. Mit der absoluten Mehrheit der CSU wurde der Wunsch von Herrn Hubmann erfüllt und als letzter Tagesordnungspunkt der Sitzung am 18.11.2005 wurde unter Punkt 79 der Wunsch des Herrn Hubmann auf eine Sonderfreistellung für die Mitgliedstätigkeit des Verwaltungsrates der Sparkasse Oberpfalz Nord ab 01.01.2006 pro Jahr in Höhe

von 10.200,00 € erfüllt.

Nun muss man sich natürlich fragen, welchen Vorteil haben Weidens Bürger von diesem CSU-Geschenk an Herrn Hubmann. Warum wurde dies gemacht und welchen Vorteil hatte die absolute Mehrheit der CSU, Herrn Hubmann (zu Lasten des städtischen Haushalts) dieses Sonderrecht einzuräumen.

Könnte vielleicht eine mögliche Erklärung Punkt 77 der Tagesordnung sein, bei dem wiederum die CSU-Mehrheit gegen die SPD einen juristisch gut fundierten Brief an die Regierung der Oberpfalz geschickt hat? Dies betraf einen Vollzug der bayerischen Disziplinarordnung BayDO über kommunale Wahlbeamte (KEBG) und eine dazu notwendig gewordene Anhörung der Stadt Weiden gemäß Artikel 119 BayDO.

Um was es dabei ging?
Fortsetzung auf S. 4

Ich nehme bewusst eine Anzeige für diese Aussage in Kauf (Gert Rippl)

In Weiden direkt wurde berichtet, dass etliche Weidener Stadträte (CSU und SPD) zigtausende von Euro zurückbezahlen mussten, weil sie vergessen haben, ihre, eine freie Summe überschreitenden Nebeneinkünfte, an die Stadt und die Bürger abzuliefern.

In der Ausgabe von „Weiden direkt“ Nr.1 habe ich gesagt, es sei nicht bekannt, ob in der Zwischenzeit alle Stadträte diese Beträge zurückbezahlt haben und vor allem, ob von diesen Stadträten die Zinsen für

dieses „zinslose Darlehen“ ebenfalls überwiesen wurden. Bis heute keine Reaktion der Stadt.

Ich behaupte hiermit (und nehme gerne eine Anzeige bzw. die Verpflichtung zu einer Widerrufserklärung in Kauf), dass die Verwaltung der Stadt Weiden es vergessen, oder aber in einem geheimen Beschluss rechtlich abgesichert hat, die betroffenen Stadträte zur Abgabe der Zinsen für ihr ungerechtfertigtes „Darlehen“ zurück zu verlangen. Sollte ich keine Abmahnung erhalten, würde meine Aussage

stimmen und wäre ein Beweis dafür, dass nun mal Privilegierte anders behandelt werden als normale Bürger.

Ich müsste für jeden Tag, an dem ich eine Zahlung an die Stadt zu spät überweise, Zinsen bezahlen. Warum und mit welchem Recht wird bei einigen Stadträten zum Nachteil aller Weidener Bürger darauf verzichtet.

Die Abmahnung, falls meine Behauptung falsch ist, bitte direkt an meinen Anwalt, RA Thilo Schmidt, Goethestr. 7, 92637 Weiden senden.

Leserbrief

Die CSU und ihr Problem mit dem „mea culpa“!

Die meisten Mandatsträger der CSU in Weiden waren früher Ministranten und haben aufgrund ihres Alters, als Messdiener das lateinische „Confiteor“ = Stufengebet mit dem „mea culpa“ gebetet. Anscheinend ist diese Zeit gänzlich aus deren Erinnerung verschwunden:

Ein paar Beispiele:

Der geschäftsführende Direktor des kommunalen Prüfungsverbandes, Wolfram Zwick, erklärte in seinen „Feststellungen“ zu den Prüfungsberichten im Jahr 2000: „Wir haben in Bayern schon fast alle Kommunen geprüft. Nirgends haben wir so viele Unregelmäßigkeiten wie in Weiden feststellen können. Die rechtsstaatliche und rechtmäßige Verwaltung bei der Stadt Weiden war in einigen Bereichen nicht gewährleistet. Ohne Beispiel sind auch Regelmäßigkeit und Häufung der Manipulationen bei Bauvorhaben und Rechtsverstöße bei der Stadt Weiden.“

Trotz dieser eindeutigen Feststellung musste die Bezirksregierung Regensburg noch im Jahr 2004 die Stadt [Baudezernat] anmahnen, dass, Zitat:

„... die übersandte Bauakte (Baugenehmigung zugunsten Herrn Hägler, Rothenstadt) vermittelt ein eindrucksvolles Bild, wie das Stadtplanungsamt trotz seiner rechtlich einwandfreien Einschätzung der Genehmigungslage im Bauausschuss „hemdsärmelig“ vorgeführt wurde“...

Dabei sollten doch die Stadträte nach der Gemeindeordnung „die Verwaltung überwachen“. Die Mitglieder des Bauausschusses haben die Verwaltung nicht überwacht, sondern vergewaltigt!

Fazit: Sie haben nichts dazu gelernt, sondern sind „subjektiv unschuldig“!

Der OB Schröpf nach seiner Verurteilung wegen Betrugs im Mai 2005: „Ich bin subjektiv unschuldig!“

...

OB Schröpf gibt, Zitat: „objektiv und subjektiv vor dem Richter und der Öffentlichkeit“ seine Schuld bei der verschwundenen Geldspende in Höhe von 10 000 DM und der Steuerhinterziehung von 32 000 DM zu und erhält dafür wegen Untreue und Steuerhinterziehung vom Gericht die gleiche Geldstrafe wie im Mai 2005 in Höhe von 22 500 Euro.

Der Kreisvorsitzende Georg Girisch schreibt am gleichen Tag an die CSU-Mitglieder, „dass H. Schröpf fünf sehr schwierige Jahre hatte“ und er „fest und aus tiefster Überzeugung an seiner Seite steht“. Dass H. Schröpf an den schwierigen Jahren selbst schuld ist, das hat der Richter Walter Zeitler



in Regensburg bei der Urteilsverkündung gesagt. Girisch hält Schröpf für „subjektiv unschuldig“. (NT 01.12.)

Zum Problem der Schuldeinsicht hat der verstorbene Landgerichtsdirektor, Dr. Adolf Schuster, in geselliger Runde nachstehende Geschichte erzählt: „Einmal hatte ich als Richter den Fall einer schweren Körperverletzung zu verhandeln. Ein Mann hatte seine Frau grün und blau geschlagen. Eine hohe Geldstrafe musste ich ihm auferlegen. Nach der Verkündung des Urteils stand der Mann wortlos und mit steinerner Mine auf und ging zur Tür. Plötzlich drehte er sich um und sagte zu mir: „Zoln dou ich scho! Oba schuld bin i niat! Dös mirgst da!“ Er war davon ausgegangen, dass man(n) seine Frau straflos schlagen darf.“

Er erklärte sich also „für subjektiv unschuldig!“

Adresse des Verfassers ist **Weiden direkt** bekannt

Leserbrief

Arroganz des Stadtrates

Auslastung der Kehrmaschinen kommt vor Bürgerinteressen

Der Finanzausschuss im Weidener Stadtrat hat am 09.11.06 gegen 2 Stimmen beschlossen, dass „zur besseren Auslastung der Kehrmaschinen“ ab 01.01.07 die Strassen in Rothenstadt, Ullersricht und Frauenricht im 14tägigen Abstand gereinigt werden. Folgende Stadträte waren bei der Sitzung anwesend: Bihler, Brühler, Demleitner, Dr. Hofmeister, Helgath, Hiermaier, Hofmann, Hägler. Ein Stadtrat stellt fest: „...dass die Sauberkeit [in Ullersricht und Rothenstadt] in der Vergangenheit nicht zu wünschen übrig ließ, ...“ Ein Stadtrat mahnt: „Trotzdem sollten die Anlieger weiter selbst kehren. Laub oder Fast-Food-Becher müssen weg!“

Für den Antrag haben gestimmt: Bihler, Brühler, Demleitner, Dr. Hofmeister, Helgath, Hiermaier, Hofmann und Hägler

Gegenstimmen: Richter und Meyer

In der Stadtratssitzung am 20.11. hat die Mehrheitsfraktion mit den Stimmen der Stadträte aus Rothenstadt und Ullersricht (Hägler Georg, Hiermaier Hans, Zenger Rudolf und Härning Willibald) den Beschluss des Finanzausschusses bestätigt. Die Stadträte Josef Melch, Jens Meyer und Roland Richter aus Rothenstadt-Ullersricht haben gegen den Beschluss gestimmt. Somit werden ab 01. Januar 2007 von den Rothenstädtern und Ullersrichtern Straßenreinigungsgebühren eingehoben.

Wenn eine Kommune für ihre Bürger Leistungen erbringt und dafür Gebühren berechnet, dann müssen diese Leistungen „sachgerecht“ d.h., erforderlich und vernünftig begründet sein.

...

Eine bessere Auslastung der Kehrmaschinen der Straßenreinigungsanstalt der Stadt kann kein Grund für zusätzliche Gebührenbelastungen für die Bürger sein, sofern nicht nachgewiesen ist, dass die „Aufrechterhaltung der öffentlichen Reinlichkeit durch die Eigentümer“ nach § 4 der StrReinV nicht mehr gewährleistet ist. Es ist kein Fall bekannt geworden, dass die Stadt Weiden in den 28 Jah-

Fortsetzung von S. 3

Ein Krimi könnte nicht spannender sein

Wer das Sitzungsprotokoll unterschrieben hat, warum die CSU dafür und die SPD dagegen war, all dies kann Ihnen Ihr Stadtrat (egal von welcher Partei) sagen. Die Sitzungsprotokolle liegen in den Parteizentralen. Jeder Stadtrat kann sie lesen und sich selbst seine

ren seit der Angliederung von Rothenstadt und Ullersricht jemals einen Eigentümer der beiden Stadtteile zur Erfüllung der Reinhaltungspflicht anmahnen hätte müssen.

...

Als 1985 die Straßenreinigungsanstalt der Stadt Weiden erstmals nach neuen Reinigungsgebühreneinzählern Ausschau gehalten hat, war die Ortsdurchfahrt (ehemals Bundesstraße 15) in Rothenstadt das Ziel, weil eine breite Straße, mit günstiger Linienführung und wenig Reinigungsaufwand immerhin über 100 neue Gebührenzahler und in der Reinigungsklasse 3 - bei zweimaliger Reinigung in der Woche - über 10 000 DM Einnahme im Jahr gebracht hätte.

Nach massivem Protest der Anlieger hat der Stadtrat die Abstufung in die Reinigungsklasse 4 und damit eine 14-tägige Reinigung beschlossen. Oberbürgermeister Hans Schröpf erklärte damals, dass er „empört sei, dass die Anlieger wegen 20 oder 30 Mark ein derartiges Gezeter veranstalten“!

Schriftliche Anfragen, weshalb die Ortsdurchfahrt in Rothenstadt sieben Jahre nach der Eingemeindung, nach 210 Jahren ihres Bestehens, erstmals durch die Straßenreinigungsanstalt gereinigt werden muss, wurden nicht beantwortet.

...

Die jetzige Behandlung der Angelegenheit im Finanzausschuss zeigt, dass es der Stadt nur um die Beseitigung der „67 000 Euro Unterdeckung bei der Straßenreinigung“ geht und nicht etwa um „Sicherheit im Straßenverkehr oder Sauberkeit der Straßen“, denn hierfür wäre nämlich meines Erachtens der Umweltausschuss zuständig.

Einwände von Mitgliedern des Finanzausschusses, dass „die engen Strassen in Ullersricht und Rothenstadt erhebliche Probleme bei der Straßenreinigung aufwerfen“ und „bei gewissenhafter Prüfung des Fehlbestandes schlichtweg auf eine Reinigungsmaschine verzichtet werden müsste“, wurden von der Mehrheitsfraktion mit beispielloser Arroganz ohne nähere Prüfung vom Tisch gefegt.

Sollte die Argumentation der Stadt mit „besserer Auslastung der Kehrmaschinen“ richtig sein, dann können sich die Bürger darauf vorbereiten, dass z.B. bei Nichtauslastung der Müllfahrzeuge künftig die Müllabfuhr wöchentlich

Gedanken darüber machen. Fragen Sie bitte Ihren Stadtrat, Sie werden überrascht sein.

Persönliche Anmerkung von Gert Rippl:

Besonders erstaunlich ist der folgende Satz aus der Begründung des Herrn Hubmann vom 01.06.2005. „Zu einer weiteren Ausübung obiger Tätigkeiten bin ich gerne bereit, wenn

erfolgt und die Bürger größere Mülltonnen bestellen müssen. Dabei wird es dann egal sein, ob dafür Bedarf besteht. Wichtig ist dann nur, ob höhere Gebühren eingehoben werden können. Dies trifft dann natürlich auch für andere Leistungen der Stadt zu.

Was 28 Jahre lang - und auch vorher - ohne Probleme funktioniert hat (wie Stadträte bestätigen), nämlich dass die Bürger in Rothenstadt und Ullersricht die Straßen gem. § 4 der StrReinV „zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Reinlichkeit auf eigene Kosten reinigen“, muss nicht ohne ersichtlichen Grund geändert werden. „Zusätzlichen Service“ hat niemand beantragt. Dass Ausnahmen immer noch möglich sind, hat der Stadtrat bewiesen, als er kürzlich Entlastungen für die Anlieger der Nebenbereiche und Gassen in der Fußgängerzone beschlossen hat. Der vom CSU-Fraktionvorsitzenden vorgebrachte Hinweis auf den „Gleichbehandlungsgrundsatz“ geht fehl, weil aufgrund der Siedlungsstruktur in Rothenstadt und Ullersricht, die aus dörflicher Substanz gewachsen sind, immer noch andere Gegebenheiten bestehen, als im Stadtgebiet.

Es ist auch von „Gerechtigkeit“ die Rede. Die sieht ab 01.01.07 wie folgt aus: In Rothenstadt werden 21 Straßen gereinigt und 15 Straßen nicht. In Ullersricht werden 10 Straßen gereinigt und 8 Straßen nicht. Das soll gerecht sein?

Es geht der Stadt also einzig und allein um die Auslastung der Kehrmaschinen und zusätzliche Gebühreneinnahmen!

Die Bürger von Rothenstadt und Ullersricht sollten die Stadträte, welche ihre Interessen im Stadtrat vertreten, fragen, wie sie im Stadtrat bei der Beschlussfassung am 20.11.06 abgestimmt haben. Die Beantwortung dieser Frage dürfte insbesondere dem Stadtrat (früher SPD, jetzt CSU) und Vorsitzenden des Haus- und Grundbesitzerverbandes, Willibald Härning, der ein Haus in Rothenstadt besitzt, nicht leicht fallen.

Scheinheilig ist übrigens ein Rothenstädter CSU-Stadtrat, wenn er einer Gebührenbelastung durch die Stadt zustimmt, selbst aber keinen Euro davon aus eigener Tasche zahlt, weil er die Kosten auf die Mieter umlegt.

Adresse des Verfassers ist **Weiden direkt** bekannt

ich die diesbezüglichen Vergütungen nicht an die Stadt Weiden i. d. OPf. abliefern muss.“

Für mich ist dies eine schallende Ohrfeige für all die Menschen in Weiden, die ehrenamtlich und ohne Bezahlung ohne auch nur an solche horrenden Beträge zu denken, in den vielen Vereinen und Verbänden einen wichtigen Beitrag für die Bürger der Stadt leisten.



Hinweis:

Die Verteilung erfolgt durch Wimmer GmbH Prospektverteilung NordOstBayern Weidingweg 20 92637 Weiden Tel. 0961 48 02 60 www.wimmer.de vertrieb@wimmer.de

Reklamationen bitte umgehend, bis spätestens Dienstag telefonisch oder per Email an Fa. Wimmer GmbH.

Interessenten, die nicht im Verbreitungsgebiet wohnen oder wegen eines „Keine Werbung“- Aufklebers keine Ausgabe erhalten, wenden sich bitte an die Fa. Wimmer GmbH. Die Verteilagentur hält eine Restauflage bereit. Ein Exemplar kann gegen Entrichtung einer Schutzgebühr von 1 Euro abge. Der Erlös ist zweckgebunden und dient nicht zur Deckung der Produktionskosten von „**Weiden direkt**“.

Impressum:

Verantwortlich im Sinne des Gesetzes über die Presse vom 3. Oktober 1949:

Gert Rippl
Adolf-Kolping-Platz 2
92637 Weiden
Tel. 0961/ 3 90 49-50
Fax: 0961/ 3 90 49-51
e-mail: gert.rippel@gmx.de

Auflage und Verbreitung im Stadtgebiet Weiden: 20000 Exemplare

Forum:

Diskutieren Sie mit!

Im Forum von www.weiden-zuhause.de oder www.oberpfalz-zuhause.de.

Unabhängig, frech, fröhlich und manchmal auch ein bisschen respektlos,...

das Forum von weiden-zuhause.de